

V0321/22

Integriertes Klimaschutzkonzept Ingolstadt (IKSK)
(Referentin: Bürgermeisterin Petra Kleine)

V0425/22

Änderungs- und Ergänzungsanträge zum Integrierten Klimaschutzkonzept: Realistische Ziele setzen / Umsetzung und Marktmechanismen stärken
-Änderungsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 19.05.2022-

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 19.05.2022

Bürgermeisterin Kleine geht anhand der Powerpoint-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, auf das integrierte Klimaschutzkonzept ein. Die heutige Beschlussvorlage basiere auf einer Beschlussgrundlage des Stadtrates mit dem Ziel, die Klimaneutralität im Jahr 2050 zu erreichen. Aufgrund dieser Beschlussgrundlage habe man eine Klimaschutzmanagerin aus dem Bundesförderprogramm der Nationalen Klimaschutz Initiative eingestellt. Die darin geförderte Leistung sei die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für Ingolstadt. Auf Grundlage eines Stadtratsbeschlusses habe man eine CO₂-Bilanz nach dem sogenannten BSKO-Standard in Auftrag gegeben. Diese sei dem Stadtrat bereits vorgestellt worden. Im Laufe des klimawandel-ereignisreichen Jahres 2021 ergibt sich, auch die kommunalen Klimaziele anzupassen. Dazu habe die Verwaltung verschiedene Anträge aus dem Stadtratsgremium bekommen, die Klimaziele zu ändern. Zum einen das Klimaziel 2040 künftig als Ziel zu nehmen und zum anderen klimaneutral im Jahr 2035 zu sein. Auf dieser Grundlage seien zwei Szenarien errechnen worden, um die Unterschiede aufzeigen zu können. Dies sei die Ausgangslage des Fahrplanes, informiert Bürgermeisterin Kleine. Vorteil des integrierten Klimaschutzkonzeptes sei die nachvollziehbare Darstellung, in welchen Handlungsfeldern die Klimaziele für Ingolstadt erreicht werden können. Durch diese Transparenz könne der Stadtrat kontrollieren, ob die Verwaltung in deren Sinne handle. Bürgermeisterin Kleine verweist auf die Dynamik beim Thema Klimawandel, welche sich durch das Gerichtsurteil der Bundesregierung sowie des Ukrainekrieges nochmal beschleunigt habe. Weiter erklärt sie, dass etwa 66 Prozent der Emissionen in Ingolstadt aus Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen komme. Für die beiden Klimaszenarien 2035 und 2040 gelten also die gleichen anspruchsvollen und herausfordernden Bedingungen. Eine Herausforderung, die man meistern müsse, betreffe immer den Fachkräftebedarf sowie das Handwerk. Es seien immer die Arbeits- und Produkt-Märkte, welche sich, je nach Klimaziel, 5 Jahre früher oder später verändert haben müssen. Es sei immer der energetische Dreisprung nötig. Energieverbrauch senken, Effizienz erhöhen und die fossilen Energieträger durch erneuerbare Energien ersetzen, verdeutlicht Bürgermeisterin Kleine. Heute müsse man darüber diskutieren, wie groß der Unterschied wirklich sei und was zum Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Ingolstadt passe. Die Chance, die Herausforderungen zu meistern, liege in Ingolstadt vor allem im Sektor Industrie mit 51 %. Die Unternehmen seien höchst ambitioniert und optimistisch und sollen sich als Ziel gesetzt haben, klimaneutral bis 2025 zu sein. Laut Wetterexperten der UNO könnte die weltweite Erwärmung bereits bis 2026 erstmals über der Marke 1,5 liegen, berichtet Bürgermeisterin Kleine. Ziel sei es, dauerhaft unter dem 1,5-Grad-Ziel zu bleiben. Man gehe davon aus, dass der direkte Einflussbereich der Kommune bei 20 Prozent liege. Deshalb sei

es eine wichtige Aufgabe des Stadtrates, die Klimaziele nach außen zu vermitteln. Weiter geht Bürgermeisterin Kleine auf die einzelnen Einflussbereiche des kommunalen Klimaschutzes ein, welche durch das Umweltbundesamt geclustert wurden. Beim vierten Einflussbereich „Beraten und Motivieren“ sei das Aktivieren und Motivieren dieser 80 Prozent, welche man als Kommune nicht direkt beeinflussen könne, das Hauptziel. Beim Handlungsfeld „Gebäude und Energie“ sei man auf die Förderprogramme des Bundes angewiesen, betont Bürgermeisterin Kleine. Aktuell habe man ca. ein Prozent an Sanierungsquoten. Diese müssen verdoppelt oder verdreifacht werden. Durch die Programme der Bundesebene könne man dem Markt ein berechenbares und planbares Angebot bieten. Dazu komme von Bundeseite weitere Unterstützung in Sachen Fachkräfteoffensive, Kooperation mit dem Handwerk, Weiterbildung, Ausbildung und Qualifizierung. Die Maßnahmen Elektromobilitätskonzept, Ladeinfrastruktur und Mobilitätsstationen im Handlungsfeld „Mobilität und Verkehr“ seien aktuell in Arbeit und sollen voraussichtlich im Herbst vorliegen, informiert sie. Bezüglich der Gründung einer regionalen Klimaschutz- und Energieagentur (Handlungsfeld „Wirtschaft und Industrie“) wolle man demnächst mit den Landkreisen in Kontakt treten. Bürgermeisterin Kleine teilt an dieser Stelle mit, dass hierfür eine Summe von etwa 170.000 Euro notwendig sei. Was die Bioquote im Handlungsfeld „Private Haushalte und Konsum“ betreffe, gehe man immer in Kooperation mit der Zivilgesellschaft voran. Den Energienutzungsplan aus 2014 wolle man fortschreiben, da viele Aussagen nicht mehr passen. Geothermie sei bisher nie ein Thema gewesen, welches man jetzt jedoch mit dem Energie(wende)plan neu auf den Weg bringen möchte. Weiter geht Bürgermeisterin Kleine auf die Themen Verstetigung und Kontrolle ein. Hier wolle man keine doppelten, parallelen Strukturen und Strategien fahren, sondern die aufgeführten Punkte in Abstimmung mit der Nachhaltigkeits-Agenda zusammenführen. Die kommunale Wärme(wende)planung soll in zwei bis drei Jahren verpflichtend werden, was wiederum bedeute, dass es auch eine Förderung geben wird, erwähnt Bürgermeisterin Kleine. Hier könne und müsse man wohl ein wenig in die Vorleistung gehen. Bürgermeisterin Kleine appelliert an die Mitglieder, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, die Klimaschutzoffensive anzugehen und das Ziel 2035 für Ingolstadt als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort anzustreben.

Stadtrat Achhammer gibt bekannt, dass die CSU-Stadtratsfraktion das Klimaschutzkonzept unverbindlich zur Kenntnis nehme. Unverbindlich in dem Sinne, das Ganze flexibel zu betrachten und abzuarbeiten, da man viele äußere Einflüsse nicht in der Hand habe. Deshalb müsse man an verschiedenen Stellschrauben drehen und die Maßnahmen immer wieder neu bewerten. Eine Verdoppelung des ÖPNV's zum Beispiel bringe nichts, wenn die Busse dann leer herumfahren, verdeutlicht Stadtrat Achhammer. Den Zusatzantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU sollte man ebenfalls überdenken und eventuell sogar schon in der Stadtratssitzung am 2. Juni 2022 besprechen, schlägt er vor. Die angestrebte Klimaneutralität im Jahr 2035, halte er für das richtige Ziel. Was die Maßnahmen und Handlungsfelder betreffe, sei das Nachjustieren ebenfalls von sehr vielen Einflüssen geprägt, welche der Stadtrat nicht in der Hand habe. Die Corona-Pandemie, der Ukrainekrieg, die Entwicklung in der Industrie, im Handel, im Gewerbe sowie die Inflation machen Stadtrat Achhammer große Sorgen. Diese Punkte können und müssen das Klimaschutzkonzept begleiten, appelliert er. Insgesamt ist Stadtrat Achhammer der Meinung, dass das Klimaschutzkonzept die richtigen Handlungsweisen beinhaltet. Trotzdem habe er auch Bauchschmerzen beim Thema „Sanierungsquote“ bei privaten Gebäuden. Das hehre Ziel der Erneuerung von einem Prozent auf 3,9 Prozent zu steigern, sei seiner Ansicht nach sehr stringent bei den aktuell hohen Kosten und dem fehlenden Fachpersonal. Die Schaffung und Aufstockung von Stellen unterstützt die CSU-Stadtratsfraktion. Was die Themen Klimaschutz-Controlling-Konzept und die Berichterstattung sowie die Klimaschutzbeauftragten angehe, hätte die Verwaltung bereits intern ohne Stadtratsbeschluss umsetzen können, denkt Stadtrat Achhammer. Bei Punkt 7 und 8 der Beschlussvorlage könne die CSU-Stadtratsfraktion ebenfalls mitgehen. Die Haushaltsmittel benötige man ebenfalls, um das große Ziel erreichen zu können. Abschließend weist

Stadtrat Achhammer darauf hin, dass man auch die Stadtwerke aufgrund der jüngsten Ereignisse in Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg neu ausrichten sollte. Diesen Punkt vermisse er in der Beschlussvorlage. Seitens der CSU-Stadtratsfraktion seien die Signale insgesamt positiv. Stadtrat Achhammer schlägt vor, das Thema nochmal zurück in die Fraktionen zu geben. Das einzige und wichtigste was nun zu tun sei, sei „machen, machen, machen“, appelliert Stadtrat Achhammer an die Mitglieder des Ausschusses.

Stadtrat Witty sagt, er möchte an dieser Stelle auch der Initiative „Klimaentscheid Ingolstadt“ danken, mit welcher man im fortlaufenden Austausch war und welche ihr weiteres Vorgehen auch vom Stadtratsbeschluss am 2. Juni abhängig mache. Deshalb sollte man das Thema durchaus ernst nehmen. Weiter erwarte er vom Klimaschutzkonzept, dass die Maßnahmen Stück für Stück in Form von Beschlussvorlagen auf den Stadtrat zukommen. Die Einteilung der Maßnahmen in „kurzfristig, mittelfristig und langfristig“, sei der SPD-Stadtratsfraktion als Fahrplan noch zu unkonkret. Dagegen wünsche man sich eine detaillierte Unterteilung der Maßnahmen in Zeitabschnitten innerhalb der 13 Jahre bis zum angestrebten Ziel 2035. Wie Stadtrat Achhammer begrüßt auch Stadtrat Witty ein flexibles Vorgehen bei den Maßnahmen sowie das Motto „Machen, machen, machen“. Laut Statistiker werde Ingolstadt in den nächsten 13 Jahren weiterwachsen. Darauf müsse man mit dem Klimaschutzkonzept vorbereitet sein. Aus seiner Sicht könne der Fahrplan insoweit ergänzt werden, in dem man die CO₂-Reduktion an die Maßnahmen koppelt und sich Jahr für Jahr oder einen Zeitraum ein zu erreichendes Level als Ziel setzt. Was den ÖPNV betreffe, hofft Stadtrat Witty auf finanzielle Unterstützung von Bund und Land. Das Argument der Ausschussgemeinschaft FDP/JU, einen zeitlichen Gleichlauf mit dem Zielhorizont des Freistaats Bayern anzustreben und somit das Jahr 2040 anzupeilen, könne er persönlich nicht nachvollziehen. Man müsse ein Ziel definieren, das nicht in allzu weiter Entfernung liege, hält Stadtrat Witty für richtig.

Stadtrat Dr. Meyer glaubt, dass sich bei dem Ziel der Klimaneutralität alle einig seien. Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU teile dieses Ziel und die Vision, möglichst schnell klimaneutral zu werden. Ihm komme es so vor, als wäre es ein Wettlauf um die ambitionierteste, attraktivste und beeindruckendste Zahlen. Man solle sich jedoch nicht an Zahlen aufhängen. Die entscheidende Frage dabei sei, ob die Effizienz und die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu dem angestrebten Ziel passe, betont Stadtrat Dr. Meyer. Dies sei auch für die öffentliche Kommunikation besonders wichtig. Die von der Audi AG angestrebte CO₂-Neutralität bis 2025 halte er für eine harte Form des Kapitalismus gegenüber Zulieferern von Audi. Analog übertragen würde eine solche Vorgehensweise bedeuten, dass die Stadt Ingolstadt die gleichen Erwartungen auf ihre Bürger überträgt. Genau an dieser Stelle hake es aus Sicht von Stadtrat Dr. Meyer auch in den vorgeschlagenen Maßnahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes. Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU beantrage das angestrebte Ziel 2040 nicht allein deshalb, weil der Freistaat Bayern es sich als Ziel gesetzt habe, sondern auch weil man im Gleichlauf eine Kommunikation nach außen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern haben möchte. Was Stadtrat Dr. Meyer in der Beschlussvorlage fehle, sei eine Hierarchie über Möglichkeiten, welche man in den nächsten Jahren unter Einbezug der begrenzten Mittel umsetzen könne. Das noch in Auftrag zu geben wäre sei der Ausschussgemeinschaft FDP/JU ein dringendes Anliegen. Deshalb sei er froh, dass das Thema nochmal zurück in die Fraktionen genommen wird, damit der Antrag nochmal diskutiert werden könne. Weiter geht Stadtrat Dr. Meyer auf den Handlungsbereich „Gebäude und Energie“ und den angesprochenen Herausforderungen (Fachkräftemangel, Lieferketten-Engpässe) ein. Wie die Sanierungsquote um 400 Prozent von 1,03 Prozent auf 3,9 Prozent gesteigert werden soll, sei ihm völlig schleierhaft. Auch mit einer ausgeweiteten Energiekarawane werde es aus seiner Sicht nicht nur schwierig, sondern eigentlich unmöglich. Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU glaube auch, dass man mit einer städtischen, agilen, dynamischen und effizienten Tochtergesellschaft, welche die Expertise bündelt, diese Ziele schneller voranbringen könnte. Das selbe gelte für die Solar- und PV-Potenziale. Auch hier sei ihnen das Analyse-Instrument mit dem Kataster deutlich zu grob. Es gehe nicht um die theoretische

Flächenverfügbarkeit auf den Dächern, sondern um die Verfügbarkeit der Flächen. Es erfordere viel Arbeit die Solarpower zu eruieren, die Bürger persönlich anzuschreiben und anzusprechen oder deren Bereitschaft, die Flächen herzugeben, einzuholen, zu bündeln und privaten Investoren oder den Stadtwerken anzubieten. Was das Thema „Verkehr und Mobilität“ betreffe, habe es vor zwei Tagen wieder eine große Studie in den Medien von der Hook Coburg gegeben, berichtet er. Die Deutschen sollen zu 70 Prozent auch in Zukunft auf das Auto setzen. Der ÖPNV dagegen werde nur von 12 Prozent geschätzt. Selbst wenn Ingolstadt sich als Ziel setze, den ÖPNV-Anteil auf 40 Prozent zu erhöhen, müsse man sich die Frage stellen, ob dies wirklich realistisch sei, um darauf aufbauend das angestrebte Ziel 2035 zu berechnen. Viele können bei der Ausschreibung keine Verpflichtungen eingehen wie es z.B. privatwirtschaftliche Weltunternehmen machen. Deshalb plädiert Stadtrat Dr. Meyer dafür, die Zielsetzungen mit den konkreten Maßnahmen deutlich stärker in Einklang zu bringen und Realismus zu zeigen. Er sehe die Versuchung, ambitionierte Zahlen zu verwenden und dieser Dynamik und Euphorie entgegenzukommen. Trotzdem glaube er, dass es auf Dauer sinnvoller sei, effiziente Maßnahmen und eine solide Kommunikation auch bei den Zielsetzungen zustande zu bringen.

Stadträtin Leininger kritisiert den Redebeitrag von Stadtrat Dr. Meyer sowie den Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU. Dieser trage ihrer Ansicht nach zur objektiven Debatte nicht besonders bei. Die aktuellen unübersichtlichen und schwierigen Ausgangspositionen entbinden die Politiker nicht vor der Aufgabe, einfach mal los zu marschieren. Im Prinzip gehe es auch nicht darum zu sagen, ob man sich als Ziel 2035 oder 2040 setze. Wichtig sei, mit dem Notwendigen jetzt zu beginnen. Über dieses Wissen verfüge die Bevölkerung und vor allem auch die junge Generation. Seit Jahren werde die junge Generation über den Klimawandel, die Globalisierung, die vermüllten Meere, die Auswirkungen von Massentierhaltungen usw. unterrichtet, ruft Stadträtin Leininger in Erinnerung. Manchmal habe sie den Eindruck, dass den Kindern zu viel an Problembewusstsein aufgebürdet werde und die Erwachsenen in der Untätigkeit verharren. Die Sanierungsquote anzuheben sei keine leichte Aufgabe in Anbetracht der schwierigen Situation. Trotzdem sollte man sich nicht sofort entmutigen lassen. Immerhin habe man einen Zeithorizont von 13 Jahren, appelliert Stadträtin Leininger. Jedes Haus müsse in 30 oder 40 Jahren ohnehin saniert werden. Vielleicht erhöhe sich die Sanierungsquote sogar in 5 oder 10 Jahren, wenn der Sanierungsdruck aufgrund hoher Energiepreise für Fossilien steige, könnte sich Stadträtin Leininger vorstellen. Was den Fachkräftemangel angehe, stehe man ebenfalls vor einem großen Problem. Nichtsdestotrotz sehe Stadträtin Leininger auch hier die Chance, diesen Berufen endlich mal die Wertschätzung und das Interesse entgegenzubringen, welches gebraucht wird. Man habe eine große gemeinsame Aufgabe zu bewältigen und deshalb sei es auch die Aufgabe der Politiker und Politikerinnen, voran zu gehen, öffentlich zu diskutieren, die Bürgerschaft mitzunehmen und zu hoffen, dass der Funke bei immer mehr Menschen überspringe. Mit dem integrierten Klimaschutzkonzept reihe man sich in alle anderen Städte und Initiativen ein, welche sich bereits auf den Weg befinden. Darüber sei Stadträtin Leininger sehr froh.

Die AfD-Stadtratsfraktion begrüßt das integrierte Klimaschutzkonzept und die darin enthaltenen Möglichkeiten, die angesprochenen Themen anzugehen, um der Klimaveränderung entgegenzuwirken und in Ingolstadt eine Klimaneutralität bis zum Jahre 2035 anzustreben. Des Weiteren hofft sie, dass das Thema nicht wieder zerredet und endlos in die Länge gezogen wird, sondern schnellstens mit diesen Umsetzungen begonnen wird, teilt Stadtrat Schülter mit.

Stadtrat Dr. Schuhmann freut sich über den Appell „Machen, machen, machen“ von Stadtrat Achhammer. Aus dem Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU könne er sich nicht erschließen, weshalb man für die Maßnahmen fünf Jahre länger brauchen sollte. Stadtrat Dr. Schuhmann ist sich sicher, dass der Städtetag den Bundeswirtschaftsminister dazu

auffordern wird, seinen Beitrag zu leisten, um auch die persönlichen privaten Anstrengungen für die Gebäudesanierung zu ermöglichen. Weiter begrüßt er die Einrichtung eines Klimarates und wünscht sich, etwas mehr über die Befugnisse und Aufgaben dieses Klimarates zu erfahren. Ansonsten sollte man so schnell wie möglich mit den Umsetzungen beginnen. Das müsse das Ziel der heutigen Aussprache sein, bekräftigt Stadtrat Dr. Schuhmann.

Stadträtin Klein sagt, sie sei ebenfalls der Auffassung, dass man losmarschieren und so schnell wie möglich handeln sollte. Trotzdem ärgere sie sich auch darüber, dass die Politik, egal auf welcher Ebene, nicht in der Lage sei, offen über Zielkonflikte zu sprechen. Zu denken, man brauche jetzt Motivation und dürfe nicht über das Negative reden, sei in ihren Augen der falsche Weg. Man müsse die Öffentlichkeit nicht nur darüber informieren, sondern auch aktiv nach Lösungsvorschlägen in der Industrie oder im Gründerzentrum suchen. Weiter bemängelt Stadträtin Klein auf Seite 95 des integrierten Klimaschutzkonzeptes, dass Neubauten nur noch als Ersatzbauten bei Abbruch von Bestandsgebäuden im KfW 40 Standard bzw. Passivhaus Standard errichtet werden sollen dürfen. Dies bedeute, dass auf un bebauten Bauflächen kein Gebäude mehr gebaut werden dürfe. Nach geltendem Recht sei dies im Augenblick gar nicht durchsetzbar und würde in der Bevölkerung zu großen Problemen führen, kritisiert sie. Zudem sei beim Szenario 2035 das Zeitfenster um 25 Prozent kleiner als beim Szenario 2040. Auch die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen stelle sich nochmals schwieriger da, da auch Heizanlagen nach nur 15 Jahren laut vorliegender Beschlussvorlage ausgetauscht werden sollen. In Ihren Augen sei es kaum vorstellbar, wie die in diesem Szenario beschriebene Reduktion der Emissionen bis 2035 umgesetzt werden soll. Zudem sei selbst dieser Rückgang nicht ausreichend, um eine Klimaneutralität der Stadt Ingolstadt bis 2035 zu erreichen. Die Politik müsse Lösungen finden, die es der Bevölkerung erträglicher machen, mitgenommen werden zu können. Ohne der Bevölkerung werde man den Wandel nicht schaffen. Deshalb müsse man sich auch mit den Problemen beschäftigen, da diese ebenso Bestandteil des Prozesses seien, führt Stadträtin Klein aus.

Die im Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU genannten Zweifel über die Wirksamkeit der Energie-Karawane könne Stadtrat Pauling nicht teilen. Seiner Ansicht nach, sei dies derzeit der wirksamste Mechanismus, den es gebe. Im Grunde sei es aufsuchende Energieberatung, zu der es sehr positive Studien von der Innovation City Bottrop und dergleichen gebe, informiert er. Die vorgeschlagene Einrichtung einer Tochter „Energiewende IN“ könne sich Stadtrat Pauling hingegen gut vorstellen. Weiter macht Stadtrat Pauling auf das Problem der elitären Bürgerbeteiligung aufmerksam. Von Seiten der Verwaltung sei es vor allem wichtig, gerade auch die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, welche aufgrund sozialer Hintergründe keinen leichten Zugang zum Beteiligungsprozess haben. Eine alleinerziehende Mutter, die im Piusviertel wohnt und Krankenpflegerin ist, habe wahrscheinlich nicht die Zeit, zu so einem Treffen zu gehen, veranschaulicht Stadtrat Pauling. Man müsse auch die Gruppen unterstützen, die wenig Geld zur Verfügung haben, damit auch deren Probleme ernst genommen werden können. Hierfür könne sich Stadtrat Pauling einen erweiterten Klimarat vorstellen, in dem die Beteiligten ausgelastet oder sogar für die Treffen bezahlt werden. Nur so sei es möglich, dass auch dort die Erkenntnis niedersickere. Was die Handlungen und politischen Entscheidungen des Stadtrates angehe, könnte man seiner Meinung nach einem Schritt weiter sein. Beschlossene Straßenbauprojekte wie z.B. den B16-Ausbau oder den Audi-Ring, welche für eine Steigerung der Verkehrszahlen sorgen, dürfe es nach diesem Konzept eigentlich gar nicht geben. Hier herrsche noch ein kleines Paradox zwischen der Erkenntnis und den tatsächlichen Handlungen, kritisiert Stadtrat Pauling. Gegenüber der Bundesebene hätte man sich hier mit Hilfe von Bürgerinitiativen und den Landkreisen mehr auf die Hinterbeine stellen müssen. Ohne Einrichtung einer S-Bahn-Linie werde man den Wandel im öffentlichen Nahverkehr in Ingolstadt nicht hinbekommen. Man müsse auf der Bundesebene mehr Druck machen, stimmt Stadtrat Pauling seiner Vorrednerin zu. Diesbezüglich hofft

Stadtrat Pauling hofft, dass sich der Stadtrat gemeinsam noch kraftvoller auf den Weg macht. Insgesamt freue er sich sehr über die positiven Rückmeldungen seiner Stadtratskollegen. Die Stadtratsgruppe DIE LINKE werde dem Antrag der Verwaltung zustimmen.

Stadtrat Wöhl begrüßt den Vorschlag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU ein Tochterunternehmen einzurichten, auch wenn er Punkt 3 des Antrages nicht an jeder Stelle unterstützen könne. Dennoch sei er der Ansicht, dass die Idee gut ausgebaut zur Bewältigung des Klimawandels notwendig sei. Oft fehle ihm in der Politik und auch in der Verwaltung die Praxis. Man brauche kein Besprechungs- sondern ein Macher-Unternehmen, welches zeitnah in die Umsetzung gehe. Die Stadtwerke habe man bereits einbinden können. Hinsichtlich der aktuellen Probleme befürchte er jedoch, dass diese als alleinige ausführende Kraft den Herausforderungen nicht gewachsen sei.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld sagt, er teile das Unbehagen, nicht wirklich zu wissen, wie der Zusammenhang zwischen den einzelnen Maßnahmen in diesem Konzept und der Frage der Zielerreichung sei. Doch weder der Bund noch große Unternehmen haben einen Masterplan. Das „Machen, machen, machen“ Prinzip finde er super. Noch besser wäre es in seinen Augen, dort etwas zu machen, wo es am ehesten etwas bringe und dafür andere Dinge runterzuschrauben. Ziele müssen in einem Strategiefindungsprozess immer ambitioniert und erreichbar sein. Die Frage der Erreichbarkeit sei in diesem Fall jedoch schwierig zu definieren. Man könne weder sagen, ob man die Ziele 2040 sicher erreiche, noch dass sie bis 2035 auf keinen Fall erreicht werden können. In dieser großen Unsicherheit würde Herr Prof. Dr. Rosenfeld dafür plädieren, bis 2035 mehr Sicherheit in der Positionierung der Maßnahmen zu gewinnen. Im Zweifel müsse man in der Kommunikation dafür offen sein, Ziele nach fünf Jahren zu eruieren und anzupassen, falls diese aus gegebenen Gründen nicht funktionieren. Im Zustand dieser Erkenntnis verbunden mit Realismus halte es Herr Prof. Dr. Rosenfeld deshalb für sinnvoller, etwas ambitionierter im Ziel zu sein.

Es sei niemand im Raum, der die Zahl 2035 nicht schaffen wolle, glaubt Stadtrat Böttcher. Doch auch er stehe den Hoffnungen und Wünschen skeptisch gegenüber. Wie Herr Prof. Dr. Rosenfeld sei auch er der Meinung, dass noch etwas nachgebessert werden müsse. Stadtrat Böttcher schlägt vor, eine Evaluation der Maßnahmen nicht erst nach 2 Jahren stattfinden zu lassen, sondern sich immer wieder vor Augen zu führen und zu untersuchen, ob diese überhaupt etwas bringen. Die Jahr 2035 wäre erstrebenswert, auch wenn er dabei Bauchschmerzen habe, führt Stadtrat Böttcher aus.

Stadtrat Dr. Schuhmann tritt mit der Bitte heran, die in der Beschlussvorlage unter Punkt 6 genannten Klimaschutzbeauftragten bis zur Stadtratssitzung noch etwas genauer zu erläutern. Seiner Ansicht nach sollten die Stabstellen höchst qualifiziert sein. Stadtrat Dr. Schuhmann erinnert sich an frühere Zeiten, als man zum Beispiel den Geschäftsführer des Georgischen Kammerorchesters einfach durch vorhandenes Personal aus der Verwaltung heraus bestimmt habe. Deshalb halte er ein Anforderungsprofil sowie eine Definition der einzelnen Aufgaben für notwendig.

In Sachen Klimaschutz sei es fünf nach zwölf, betont Stadtrat Lange und schildert die klaren Folgen und Zeichen des Klimawandels. Morgen und übermorgen soll es in Bayern 34 Grad bekommen. In den letzten Jahrzehnten seines Lebens, könne er sich nicht erinnern, dass Hitzeperioden bereits Mitte Mai des Jahres begonnen haben. Besonders betroffen sei er über die Aussagen vieler Experten, welche inzwischen sagen, dass man die 1,5-Grad Erwärmung wohl nicht mehr erreichen werde. Deswegen wolle er an alle im Stadtrat appellieren, nicht über die Klimaschutzziele in Zahlen unnötig lange zu diskutieren, sondern heute zu beginnen, die Maßnahmen ambitioniert umzusetzen. Jede angesprochene Maßnahme in der Verwaltungsvorlage sei wichtig. Auch die ganz konkret genannten

Beispiele von Stadtrat Pauling zum ÖPNV müssen seines Erachtens sofort angepackt werden. Um den Ziel Klimaschutzkonzept möglichst nahe zu kommen, müsse die Verwaltung mit allen Mitteln so gut wie möglich ausgestattet werden, bekräftigt Stadtrat Lange. Wenn das Ingolstadt nicht gelinge, sei man nur ein kleiner Mosaikstein dessen, was gerade auf diesem Planeten passiere. Aus diesem Grund könne er alles, was heute vorgetragen wurde, uneingeschränkt unterstützen. Dies gelte auch für die gesamte UWG-Stadtratsfraktion.

Bürgermeisterin Kleine sagt, sie sei positiv darüber überrascht, dass die Mehrheit des Stadtrates dieses Klimaziel mitgehe. Das gebe ihr eine unerwartete große Motivation. Sie glaubt auch, dass es nicht darüber gehe, in einem Wettbewerb der Städte windhundartig unterwegs zu sein, sondern Vorbildfunktion zu zeigen, dass für Ingolstadt die Devise „Machen, machen, machen“ gelte. An Stadträtin Klein gewandt, erklärt Bürgermeisterin Kleine, dass das Thema der Einschränkung bei Neubauten bereits mit Menschen aus Zivilgesellschaft, Fachleuten aus den Universitäten sowie Experten aus der Wirtschaft diskutiert worden sei. Bezüglich der Zielkonflikte habe man natürlich auch innerhalb der Verwaltung in den einzelnen Handlungsfeldern um etwas gerungen. Deshalb sei das, was man als Maßnahmenpaket habe, das Ergebnis einer sehr breiten und transparenten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Expertinnen und Akteuren. Sie sei immer offen dafür, Zielkonflikte klar zu benennen und nach pragmatischen Lösungen zu suchen und umzusetzen. Dass das Klimaschutzkonzept keine konkrete Festschreibung von kleinteiligen Zielen im Sinne von zeitlichen Meilensteinen verfüge, liege schlicht weg daran, dass man von Akteuren auf anderen Ebenen und der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung abhängig sei. Glücklicherweise sei Unterstützung seitens der Bundesregierung über das Oster- und Sommerpaket, berichtet Bürgermeisterin Kleine. Zuerst die Energiewende und dann die Wärmewende. In diesem Rhythmus wolle man Sofortmaßnahmen auf die Kommunen runterbrechen und vorlegen. Den ÖPNV bis 2026 zu verdoppeln sei natürlich ein Meilenstein, stimmt Bürgermeisterin Kleine zu. Selbstverständlich genüge es dafür beim ÖPNV nicht, nur Busse anzuschaffen und zu verdoppeln. Die Verdoppelung bedeute, dass sich der Anteil der Verkehrsmittel im Modal Split verdoppeln soll. Hierzu gehöre das gesamte Maßnahmenpaket, welches man mit diesen 29 Mio. Euro bekommen habe. Dies sei eine feste Größe mit der man rechne. Weiter verweist sie mit Blick auf die Aussage von Hr. Stadtrat Dr. Meyer darauf, dass beispielsweise die Münchener Versicherungen einen Zusammenschluss aus Versicherungen, Wissenschaft, Umweltverbänden usw. gemacht haben, um sich konkret mit dem Klimawandel, der Umsetzung von Klimamaßnahmen und Bewertung von Versicherungsschäden zu befassen. Auch den Dialog zur Wirtschaft wolle Bürgermeisterin Kleine stärken. Deshalb werde sie im kommenden Jahr sehr viel mit Herrn Prof. Dr. Rosenfeld zusammenarbeiten, da dieser wisse, was in den Unternehmen im Zusammenhang mit den Transformationsprozess geschehe. Bei der „Bioquote“ mache sie sich keine Sorgen. Man brauche mehr regionale Produkte, die in der Region erzeugt und konsumiert oder veredelt wertgeschöpft werden. Bezüglich der Frage zu den Klima- und Nachhaltigkeits-Kontaktstellen innerhalb der Verwaltung teilt Bürgermeisterin Kleine mit, dass es dieses Personal in den verschiedenen Ämtern und Referaten bereits gebe. Diese Mitarbeiter müssen qualifiziert werden. Es sei auch wichtig, diese Aufgaben als zusätzliche Aufgaben zu definieren und anzuerkennen, wenn man demnächst in die Aufgabenkritik gehen möchte. Hier werden zusätzliche Aufgaben auf das ein oder andere Personal zukommen, informiert sie. Der geplante Klima-Check soll im Zusammenhang mit dem Nachhaltigkeits-Check eine überschaubare Transparenz schaffen, die dem Stadtrat zu einer konkreten Entscheidung verhelfen soll. An Stadtrat Dr. Meyer gewandt, bezieht sich Bürgermeisterin Kleine auf die im Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vorgeschlagene Tochter „Energiewende-IN“. Die Verwaltung schlage vor, eine regionale Klimaschutz- und Energieagentur als Organisationsstruktur einzurichten. Geplant sei, dies in Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen und Gemeinden zu machen. Durch die Wirtschaftsstrukturanalyse bestehe bereits ein Netzwerk in der Region 10. Ziel sei es, die Energieagentur auf den Wirtschaftsstandort hin zu strukturieren und zu entwickeln und dafür

auch die Förderung des Freistaates Bayern in Anspruch zu nehmen. Bürgermeisterin Kleine sagt, sie würde es nicht als Tochterunternehmen in Form einer GmbH oder AöR, sondern als Energieagentur am Wirtschaftsstandort Region 10 ausrichten wollen. Die Effizienz, Wirkung und Wirtschaftlichkeit könne man aktuell noch nicht darstellen, da die Wirtschaftlichkeit immer von Förderprogrammen von Bund und Land abhängt. Mit was man jetzt beginne, sei den Energienutzungsplan zu aktualisieren sowie den Wärmewendeplan zu erstellen, informiert sie. Das habe beispielsweise auch Auswirkungen auf die Stadtwerke Ingolstadt, welche ebenfalls entsprechend neue Planungen machen müssen. Hier sei es richtig zusammen mit den Stadtwerken eine Strategie zu entwickeln. Das Wichtigste sei nicht gegeneinander, sondern miteinander voranzuschreiten. Offen zu sein für Ideen, Kritik und Vorschläge, wenn etwas nicht so laufe wie geplant. Denn Klimaschutz gehe nur gemeinsam, betont Bürgermeisterin Kleine.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erkundigt sich, ob das Thema zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben werden soll.

Falls wichtige Aspekte zu diesem Thema noch nachgeliefert werden sollen, dürfe man diese per E-Mail einreichen. Man werde versuchen, diese bis zum 2. Juni beantworten zu können, sagt Bürgermeisterin Kleine.

Stadtrat Dr. Schuhmann möchte wissen, ob die Klimabeauftragten ausgebildet werden müssen. Falls ja, von wem, wann und wie.

Bürgermeisterin Kleine antwortet, dass es hierfür in allen Ämtern Qualifizierungsprogramme gebe.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.